



Pressemitteilung

Letztinstanzliche Entscheidung: Beschwerde der NPD zurückgewiesen OB Gerhard Jauernig: „Beschluss mit bundesweiter Signalwirkung“

Heute Nachmittag hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) die am Mittwoch eingereichte Beschwerde der NPD als unbegründet zurückgewiesen. Das bedeutet, dass die NPD endgültig nicht die Räumlichkeiten des Forums am Hofgarten für die Abhaltung ihres Landesparteitags nutzen kann. Die Stadt Günzburg fühlt sich in ihrer Rechtsauffassung endgültig bestätigt und wertet die Entscheidung des VGH als „Beschluss mit bundesweiter Signalwirkung“, so Oberbürgermeister Gerhard Jauernig.

Die Stadt Günzburg hatte gestern in einem in den späten Abendstunden verfassten umfangreichen Schriftsatz an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Stellung zur Beschwerde der NPD genommen und einen Antrag auf Zurückweisung gestellt. Keine 24 Stunden später erfolgte dann die Absage an die nationaldemokratische Partei durch den VGH. Einer weiteren Verunsicherung der Bevölkerung über den Verbleib der NPD ist somit frühzeitig Einhalt geboten worden.

Dennoch werden die Veranstaltungen des Aktionsbündnisses am Samstag wie geplant stattfinden. „Ich bin stolz darauf, dass die Verantwortlichen dennoch Flagge zeigen. Es bleibt dabei: Günzburg ist tolerant, weltoffen und bunt“, freut sich der Rathauschef. „Ich bin sehr froh, dass unsere Stadt nicht zum Schauplatz für rechtsextremistische, rassistische, antisemitische, kurzum menschenverachtende Äußerungen wird.“ Auch die städtische Rechtsdirektorin Friederike Kurtenbach ist zufrieden: „Mit der letztinstanzlichen Entscheidung des VGH wurde der Beschluss des Verwaltungsgerichts in Augsburg bestätigt. Unser Vorgehen war juristisch korrekt. Für die NPD gelten somit nicht nur die gleichen Rechte, sondern auch die gleichen Pflichten wie für alle anderen Parteien auch.“

Die NPD hatte bis zuletzt keine Veranstalterhaftpflicht für das Forum am Hofgarten zur Abhaltung ihres Landesparteitags beibringen können. Daraufhin hatte die Stadt Günzburg der rechtsextremen Partei gekündigt. Ein daraufhin eingereichter Eilantrag der NPD wurde vergangenen Freitag vom Verwaltungsgericht Augsburg abgelehnt.

Gerhard Jauernig
Oberbürgermeister